

56. Baltisches Historikertreffen 2003

14. - 15. Juni 2003

Juden im Baltikum in der zweiten Hälfte des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts

Dies war das **Thema** der diesjährigen **Tagung**, die **gemeinsam** von der Baltischen Historischen Kommission Göttingen und dem **Nordost-Institut** Lüneburg vorbereitet worden war. Dr. Dr. h. c. Gert von Pistohlkors (Göttingen) und Dr. Andreas Lawaty (Lüneburg) eröffneten am Sonnabendvormittag die Tagung und dankten vor allem Dr. Joachim Tauber und Dr. Konrad Maier, beide BHK-Mitglieder und wissenschaftliche Mitarbeiter am Nordost-Institut, für die maßgebliche inhaltliche und organisatorische Vorbereitung.

In seinem **Jahresbericht**, der diesmal besonders kurz ausfallen mußte, stellte der 1. Vorsitzende fest, daß die Grundfinanzierung der BHK über den **Etat** des Herder-Instituts in Marburg in ihrer Höhe wieder unsicher geworden sei, weil die BHK durch den wissenschaftlichen Beirat des Herder-Instituts einer **Evaluierung** ausgesetzt werden wird, für die die Maßstäbe erst noch erarbeitet werden müssen. Es ist aber davon auszugehen, daß die Kommission diese Überprüfung bestehen wird.

In den beiden verbliebenen Reihen der BHK sind noch keine neuen Bände erschienen, wohl aber hat Paul Kaegbein seine **Baltische Bibliographie**. Estland, Lettland, Litauen 1999 in der Bibliographie-Reihe des Herder-Instituts bereits veröffentlicht. Die bekannten Langzeit-**Forschungsthemen** der BHK zum Livländischen Urkundenbuch 1472/73 und zu den Livländischen Güterurkunden sowie einige weitere Forschungsprojekte fanden eine erfreuliche **Fortsetzung**.

Zugewählt wurden zu Ordentlichen Mitgliedern Prof. Dr. Matthias Thumser, Freie Universität Berlin, und Prof. Dr. Jürgen Baron von Ungern-Sternberg, Universität Basel. Zu Korrespondierenden Mitgliedern wurden Dr. Anna Leonidovna Choroskevic und Evgenija L'vovna Nazarova, beide aus Moskau, gewählt.

Für die Jahre 2003-2007 wurden Gert von Pistohlkors und Norbert Angermann zum 1. bzw. 2. Vorsitzenden, Wilhelm Lenz zum Kassenwart und die Herren Karsten Brüggemann, Detlef Henning, Klaus Neitmann und Robert Schweitzer zu Beisitzern im **Vorstand gewählt**. Dr. Otto-Heinrich Elias sprach einen **Nachruf** auf das verdiente, langjährige Mitglied der BHK, Dr. Hermann **Blaese**, geb. am 19. März 1911 in Herbergen/Kurland, gest. am 21. September 2002 in Müllheim.

Sodann führte **Professor Dr. Frank Golczewski** (Hamburg) in das **Tagungsthema** ein.

Wie Gert v. Pistohlkors erinnerte er daran, dass das Thema der jüdischen Geschichte im Baltikum erst spät zum Gegenstand einer Tagung gemacht werde. Er fand hierin einen Beleg für die Notwendigkeit, auch bei dieser historischen Arbeit zugleich die Wahrnehmungsperspektiven des Historikers zum Gegenstand der Reflexion zu machen. Golczewski gliederte die Tagung in drei Hauptteile: Zunächst (I.) gelte die Aufmerksamkeit der Situation der jüdischen Bevölkerung im 19. Jahrhundert; dabei solle eine sozialgeschichtliche Fragestellung möglichen romantisierenden Klischees entgegenwirken. Sodann (II.) werde über die Zwischenkriegszeit 1918-1940 und die Modalitäten der in den jungen baltischen Staaten der jüdischen Minderheit eingeräumten Kulturautonomie berichtet

werden. Danach (III.) werde der Ermordung der baltischen Juden in der Zeit des Zweiten Weltkriegs zu gedenken sein; dabei werde die Kollaboration zwischen den deutschen Besatzern und der einheimischen Bevölkerung zu thematisieren sein. Und schließlich werde der nach 1945 im Baltikum geübte (historiographische) Umgang mit den Greueln der Kriegszeit zu skizzieren sein. - Der Hörer wusste, dass damit der Zusammenhang zu der eingangs gestellten hermeneutischen Frage der Gegenwart hergestellt sein würde.

Der Vormittag des ersten Tages galt (I.) dem 19. Jahrhundert. Das erste Thema war:

Die jüdische Bevölkerung zwischen Tradition, Assimilation und Emanzipation

Hierzu berichteten [Professor Dr. Stefan Schreiner](#) (Tübingen) und [Professor Dr. Trude Maurer](#) (Göttingen).

[Stefan Schreiner](#) konzentrierte seinen Bericht auf Litauen. Er berichtete, die litauischen Juden („Litwaki“) hätten im 19. Jahrhundert unter der Zarenherrschaft einen starken Wandel ihrer Situation erlebt. Russland habe sich mit den „geerbten Juden“ schwer getan, Alexander I. habe sie „zu nützlichen Untertanen machen“ wollen. Die russische Politik habe auf eine Modernisierung der Lebensverhältnisse gezielt, die jüdische Bevölkerung sei indes ihrer Tradition und auch dem Jiddischen treu geblieben. Innerhalb dieser Gesamtlage habe man den Chassidismus als Modernisierung gegenüber der rabbinischen Orthodoxie verstanden. Die sprachliche Isolierung sei durch Öffnung für die Sprachen der Umgebung (russisch, deutsch, polnisch) durchbrochen worden. Trotz einer Annäherung an die westliche Aufklärung und trotz einer Demokratisierung des Bildungssystems sei die Haupttendenz nicht Assimilation, sondern eine neue jüdische Identität gewesen. Aus traditionellen wie modernen Tendenzen sei eine jüdische Aufklärung entstanden, der die russischen Behörden entgegengekommen seien, so dass eine neue russisch-jüdische Intelligenz entstand sei.

[Trude Maurer](#) widmete sich der Situation in Kurland. Sie legte dar, die Rechte der Juden hätten in dem nach Russland eingegliederten Kurland eine wechselvolle Geschichte gehabt. Trotz vieler Beschränkungen (kein Staatsdienst; von den akademischen Berufen sei nur der des Arztes offen gewesen) sei ein jüdisches Großbürgertum entstanden, das sich namentlich dem Handel verdanke. Die jüdische Bevölkerung sei im 19. Jahrhundert deutlich gewachsen. Ein Kennzeichen des jüdischen Bildungsbürgertums sei die Angleichung an die führende deutsche Minderheit gewesen. Trotzdem wäre eine starre Gegenüberstellung von West- und Ostjuden irreführend: die starke Traditionsbindung auch des westlichen Judentums hätte vielmehr zu einem Mischtypus geführt, der eine solche Kontrastierung methodisch verbiete.

Zu dem zweiten Thema

Kultur, Religion und Alltagsleben der Juden im Baltikum

fielen zwar die vorgesehenen Referate von Verena Dohrn (Hannover) und Irena Veisatė (Vilnius) aus; an ihre Stelle trat aber eine lebhaftere Schilderung des jüdischen Alltagslebens im Litauen des 19. Jahrhunderts durch Dr. [Ruth Leiserowitz](#) (Berlin).

Sie führte aus, die beiden Zentren jüdischen Lebens in Litauen seien Wilna und Kaunas gewesen. Zwar hätten viele Juden das ins Zarenreich einverleibte Litauen (Migration in den Westen und in die USA) verlassen, insgesamt aber sei die Zahl der jüdischen Einwohner gestiegen. Ende des 19. Jahrhunderts hätten die Juden etwa 14% der litauischen Bevölkerung ausgemacht; 56% hätten in den Städten gelebt. Die Berufsfelder seien vornehmlich der

Handel und das Handwerk gewesen. 1893 seien 90% der Handwerker Juden gewesen. Von Bedeutung sei der Kontakt zum zaristischen Heer gewesen: für Bauvorhaben sei Kapital zur Verfügung gestellt worden, jüdische Schneider seien in den Heeresseinheiten tätig gewesen, ihnen seien Schmiede und Uhrmacher gefolgt. In Kaunas seien 2/3 der Fabriken in jüdischem Besitz gewesen. Die Einführung der Eisenbahn habe neue Verbindungen geschaffen, habe auch zu jüdischen Kolonien in Russland geführt und neue beliebte Berufe wie den des Bahnzöllners oder des Frachtspediteurs mit sich gebracht. An der litauisch-preussischen Grenze hätten die grenzübergreifenden jüdischen Kontakte eine erhebliche Rolle beim Schmuggel von Personen und Gütern (Galanterien, Parfüm, Seide, Wodka) gespielt. Auch als „Bücherträger“ seien Juden von besonderer Bedeutung für die Verbreitung litauischer, jüdischer und auch revolutionärer russischer Literatur gewesen.

Am Nachmittag folgten (II.) die Referate zur Zwischenkriegszeit.

Zunächst gab [Professor Dr. Michael Garleff](#) (Oldenburg) einen Überblick über:

Die baltischen Staaten und die Juden 1918-1940.

Er sagte, in allen drei baltischen Staaten habe es erhebliche Minderheiten gegeben. Lettland sei national am differenziertesten gewesen; 1925 habe es in Riga einen jüdischen Anteil von 9, 5% (der Anteil der Deutschbalten habe 12, 5% betragen) gegeben. Den jungen Staaten habe sich die Notwendigkeit gestellt, einen Weg zur Garantie der Autonomie der Minderheiten zu finden. Man habe an eigene Erfahrungen anknüpfen können. Das freie Bekenntnis des einzelnen zur Bestimmung seiner Nationalität habe das leitende Prinzip sein sollen. Eine territoriale Fassung der Minderheitenrechte sei nicht denkbar gewesen, sondern nur eine personale. In *Litauen* habe zunächst eine besonders weitreichende jüdische Autonomie bestanden, doch habe sich später gerade in Litauen die gefährlichste und ungünstigste Situation für die jüdische Bevölkerung ergeben. In *Lettland* sei die jüdische Bevölkerung in jenen Jahren deutlich gewachsen. Es habe viele Juden in Handel und Handwerk, aber auch unter den Ärzten (30%) und den Rechtsanwälten (20%) gegeben. Juden seien stark mit der besonderen deutschbaltischen Geschichte verbunden gewesen, seien an den Kämpfen der baltischen Landeswehr beteiligt gewesen; es habe viele deutsch-jüdische aristokratische Familien gegeben. Das Verhältniswahlrecht habe den Juden eine Vertretung im Parlament gesichert. Es sei anerkannt gewesen, dass die kulturellen Rechte der jüdischen Minderheit, namentlich die Schulautonomie, zu schützen seien. 1933/34 habe es 119 jüdische Schulen in Lettland, davon 14 Gymnasien gegeben. Doch sei es gerade im Schulbereich zu Spannungen gekommen. Der lettische Nationalismus habe den Rechten der Minderheiten entgegen gestanden, namentlich nach Ulmanis' Regierungsantritt. In *Estland* sei der jüdische Anteil an der Bevölkerung geringer gewesen. 1920 hätten 4660 Juden in Estland gelebt, meist in den Städten. Das Estländische Grundgesetz vom 15.7.1920 habe eine weitreichende Autonomie der Minderheiten bestimmt. Die jüdische Minderheit hätte ihre Traditionen wahren können, auch wenn die Frage der Unterrichtssprache in den Schulen (Hebräisch oder Deutsch) hätte zu Problemen führen können. Nach all' dem, so schloss Garleff, erscheine nicht die Assimilation, sondern die Integration der Minderheiten als der richtige Weg zum Schutz ihrer Autonomie.

Das Korreferat hielt sodann anders als vorgesehen nicht A. Eidintas, sondern [Dr. Joachim Tauber](#) (Lüneburg). Er behandelte den **Antisemitismus in Litauen** und führte aus, krisenhafte Bedeutung habe die Sprachenfrage gehabt: müssen auch Polnisch und Russisch in Litauen Verkehrssprachen sein, so habe man kritisch gefragt. Das Fehlen litauischer Sprachkenntnisse habe die Juden isoliert, es sei als soziale Ferne interpretiert worden. Tauber fragte, ob hier

schon die Wurzeln eines erkennbaren Antisemitismus lagen, berichtete aber weiter, man habe die jüdische Wirtschaft als eine Behinderung der litauischen wirtschaftlichen Entwicklung empfunden; und die jüdischen Akademiker als Konkurrenz der eigenen litauischen Elite. Stereotype antisemitische Formeln hätten die „Befreiung aus der Sklaverei fremder Hände“ gefordert. Im Blick auf den Aufbau einer litauischen Nationalkultur sei ein antijüdisches Klima entstanden. Auch nationalsozialistische und faschistische Propaganda aus Deutschland und Italien seien adaptiert worden. Ein religiös begründeter Antijudaismus sei hier überboten worden, habe sich auch in Judenwitzen und in sozialer Ablehnung der Juden ausgesprochen. Man könne wohl nicht von einer offenen antisemitischen Politik des litauischen Staates sprechen; wohl aber seien die Konkurrenzempfindungen partiell in Antisemitismus umgeschlagen. Der deutsche Überfall 1941 habe die Situation verändert; es sei jetzt zu einer Enthemmung des Antisemitismus gekommen, auch zu Haltungen, die sich aus der Vorgeschichte nicht erklären ließen. Schlagworte wie das eines „jüdischen Kommunismus“ hätten jetzt das Arsenal der Feindseligkeiten geliefert.

Professor Dr. Michael Heltzer (Haifa) und sein Korreferent Professor Dr. Leo Dribins (Riga) sprachen sodann zum Thema

Die Minderheitenpolitik der baltischen Staaten aus jüdischer Sicht.

Michael Heltzer legte dar: In allen drei Republiken (Litauen mit etwa 150.000, Lettland etwa 100.000 und Estland 4.500 Juden) habe es eine bestimmte jüdische Kulturautonomie gegeben. In *Litauen* hätte sie ihre Blütezeit in der Anfangszeit (1919-1922) gehabt, später seien die Autonomierechte eingeschränkt worden, nach dem Staatsstreich von 1926 weitgehend liquidiert. Während das Bildungssystem und die Gesundheitsorganisation autonom geblieben seien, seien in der Wirtschaft jüdische Arbeit und jüdisches Kapital mit Unterstützung der Behörden bekämpft worden. In *Lettland* habe es bis zum Ulmanis-Staatsstreich 1934 eine Bildungs- und Kulturautonomie, auch Anteil am politischen Leben und eine Bekämpfung antisemitischer Organisationen gegeben. Auch wenn der Staat einem offenen Antisemitismus entgegengetreten sei, so habe er die Wirtschaftsorganisationen der Letten gegenüber der jüdischen Wirtschaftstätigkeit unterstützt. In *Estland* sei 1926 das Gesetz der jüdischen Kulturautonomie gebilligt worden und es sei bis zum Ende der Selbständigkeit Estlands gültig geblieben. Das Bildungssystem und die kulturorganisatorische Arbeit hätten in den Händen der Kulturverwaltung gelegen. Die führenden Politiker seien sehr judenfreundlich gewesen. In Litauen und Lettland habe es einen *numerus clausus* an den Hochschulen gegeben. So seien viele Studenten von dort zum Studium nach Tartu gekommen. Im Staatsdienst seien fast keine Juden gewesen. Die Auswanderung nach Palästina sei durch die britische Sperrpolitik begrenzt gewesen. Innerhalb der jüdischen Öffentlichkeit habe es nur in der Hilfe für die Flüchtlinge aus Nazi-Deutschland eine gemeinsame Haltung gegeben; in allen anderen Fragen sei die jüdische Öffentlichkeit parteipolitisch zersplittert gewesen.

Leo Dribins berichtete über zwei Arbeiten jener Zeit zum Minderheitenrecht aus lettischer Feder: In Heidelberg sei Moritz Mintz (1903-1941) im Jahre 1926 mit der Arbeit *Die nationale Autonomie im System des Minderheitenrechts unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsentwicklung in den baltischen Randstaaten* (Riga 1927) promoviert worden; das Buch zeige den Standpunkt der jüdischen liberalen Kreise. Nach M. Mintz seien Estland, Lettland und Litauen Nationalstaaten und Nationalitätenstaaten, bzw. Minderheitenstaaten, aber nicht Vielvölkerstaaten, da eine Nation den nationalen Charakter des Staates bestimme. Der beste Weg zum Ausgleich zwischen Staat und Minderheiten bestehe in der Verwirklichung einer breiten Nationalautonomie bzw. Kulturautonomie, Schulautonomie und Autonomie der sozialen Fürsorge. Der Erfolg liege in einer völligen Trennung von Politik und

Kultur, die Kompetenz der Minderheiten sollte auf das rein kulturelle Gebiet beschränkt werden, wie das estnische Gesetz über Kulturautonomie (1925) es vorsehe. 1930 habe der Wissenschaftler und Politiker Max Laserson (1887-1951) in seiner Schrift *Das Minoritätenrecht der baltischen Staaten* (Riga, 1930) gefordert, die Minderheiten als kollektivrechtliche Gruppen mit besonderen Interessen anzuerkennen. Er habe sich für eine rege politische Tätigkeit mit dem Ziel realer Gleichberechtigung der Minderheiten (Gebrauch der eigenen Sprache in der Ausbildung wie im Kommunal – und Gerichtsverkehr) ausgesprochen. Dribins schloss mit der Feststellung, die Einschränkungen der Minderheitenrechte nach den Staatsstreichen in Litauen (1926) wie in Estland und Lettland (1934) zeigten, dass auch die besten Gesetze keine Garantie für eine tatsächlich gerechte Behandlung der Minderheiten böten.

Am Sonntag war (III.) des Genozids an der jüdischen Bevölkerung der besetzten baltischen Staaten während des Zweiten Weltkrieges zu gedenken; und es wurde über den Umgang mit diesem Teil der jüdischen Geschichte des Baltikums nach 1945 referiert.

Professor Dr. Yitzhak Arad (Tel Aviv) und sein Korreferent Professor Dr. Wolfgang Benz (Berlin) hatten das Thema

Die Ermordung der baltischen Juden und die einheimische Bevölkerung.

Yitzhak Arad fragte nach dem Anteil, den während des Krieges einheimische Kollaborateure an den Vernichtungsaktionen hatten. Diese könnten in drei Perioden eingeteilt werden.

Erste Periode: 22. Juni bis Dezember 1941.

Die ersten beiden Wochen dieser Periode seien in Litauen und Lettland durch Pogrome durch die einheimische Bevölkerung gekennzeichnet gewesen. Im Juli 1941 hätte der planmäßige Massenmord an den baltischen Juden durch die *Einsatzgruppen der deutschen Sicherheitspolizei* und des *SD* unter massiver Beteiligung litauischer, lettischer und estnischer Kollaborateure begonnen. Vor dem Jahresende 1941 seien nahezu 85 % der Juden, die unter der Besatzung der Nazis im Baltikum waren, ermordet gewesen.

Zweite Periode: Januar 1942 bis März 1943: „relativ ruhige Periode“.

Der organisierte Massenmord sei im Dezember 1941 suspendiert worden, als nur noch etwa 50.000 von den 278.000-284.000 Juden, die zu Beginn der deutschen Besatzung dort gewesen wären, noch gelebt hätten. Der Hauptgrund für das Aussetzen der Vernichtungsmaßnahmen war ein Bedarf der Wehrmacht an Arbeitskräften für die Kriegswirtschaft.

Dritte Periode: April 1943 – Juli 1944: Liquidation der Verbliebenen durch Mord und Deportation.

Das Schicksal der Ghettos sei durch Himmlers Befehl vom 21. Juni 1943 besiegelt gewesen, die Ghettos zu liquidieren und für die arbeitsfähigen Menschen Konzentrationslager zu errichten. Dieser Befehl habe die Vernichtung von Kindern und älteren Menschen bedeutet. Bevor sich die deutschen Kräfte zurückgezogen hätten, sei ein Teil der Lagerinsassen ermordet worden; ein anderer Teil sei nach Stutthof und in andere Lager evakuiert worden. Etwa 3 % der unter deutscher Besatzung verbliebenen Juden hätten überlebt, die meisten von ihnen unter den in die Lager in Deutschland Evakuierten. Während der deutschen Besatzung hätten sich große Teile der einheimischen Bevölkerung an der Ermordung der Juden beteiligt.

In seinem Korreferat stellte auch [Wolfgang Benz](#) fest, der Holocaust in den baltischen Ländern viele unter deutsche Verantwortung, er sei aber untrennbar verbunden gewesen mit den Hilfsdiensten autochthoner Kräfte, die spontan in Pogromen im Juni/Juli Juden ermordet hätten, sich dann als Hilfspolizei (Schutzmannschaften, Ordnungsdienst, Selbstschutz) hätten rekrutieren lassen und als Fußvolk des Judenmords agiert hätten. Benz führte weiter aus, die Kollaboration hätte sich auf traditionelle Vorurteile und auf einen atavistischen Judenhasse gegründet. Es habe aber auch eine Hilfestellung der einheimischen Bevölkerung für die Juden gegeben; auch in den baltischen Ländern seien Juden gerettet worden; die Größenordnung der Hilfe (Versteck, Nahrung, Beschaffung neuer Identität) sei aber bescheiden, in Litauen seien weniger als 200 Helfer nachweisbar, in Lettland etwa 300, in Estland nicht mehr als drei. Benz fasste zusammen, die Problematik des Holocaust in den baltischen Ländern sei gekennzeichnet durch die starke Kollaboration. Als Erklärungsversuche nannte er einen traditionellen Antisemitismus, die Militarisierung der Gesellschaft in den 30er Jahren und schließlich einen nationalistischen Stress durch Fremdherrschaft, der sich über das Konstrukt des jüdisch-bolschewistischen Verrats an der nationalen Sache in gewaltsamer Aggression gegen die jüdische Minderheit entladen habe.

Das abschließende Thema der Tagung war:

Der Umgang mit der jüdischen Geschichte des Baltikums nach 1945.

Hierzu sprachen [Professor Dr. Leonidas Donskis](#) (Kaunas) und sein Korreferent [Meelis Maripuu](#) (Tallinn).

[Leonidas Donskis](#) berichtete, seit 1990 habe die politische Kultur Litauens einen neuen Willen und eine neue Fähigkeit gezeigt, Minderheiten, ihrer Sprache und Kultur entgegenzukommen. Der Hauptstrom litauischer Politik habe viel Erfolg darin gehabt, russische, ukrainische und weißrussische Minderheiten aufzunehmen oder wenigstens nicht abzustößeln. Litauen sei sogar ein Refugium geworden gegenüber Zensur und politischer Verfolgung in Nachbarländern. Die Existenz kleiner Gruppen wie die der Karaiten oder der Roma habe keine Konflikte verursacht. Viel schwieriger sei die Situation im Blick auf die jüdische und die polnische Minderheit.

Das Problem für die litauischen Juden sei, dass ein großer Teil der litauischen Gesellschaft – einschließlich eines nicht geringen Teils der Intelligenz – immer noch der Ansicht zuneige, die Juden seien für Massentötungen und Deportationen von Zivilisten wie für andere Greuelthaten verantwortlich, die am Vorabend des Zweiten Weltkrieges geschehen sind. Es zeige dies, so sagte Donskis, die schändliche Übernahme der Nazi-Rhetorik, die den Kommunismus mit den Juden gleichsetzte. In dem Bemühen, den Vorwurf einzuschränken, die Litauer hätten an den Massenmorden an den Juden 1941 und später teilgehabt, hätten manche Litauer von „zwei Genoziden“ („Symmetrie“ im Leiden beider Völker) gesprochen.

Die bekannte Theorie von der historischen Schuld der litauischen Juden (angebliche subversive und verräterische Aktivitäten) an dem Desaster der Nation beschäftige bis heute den politischen Diskurs und das allgemeine Bewusstsein.

In der Folge der Theorie von den zwei Genoziden seien der Holocaust und die lokale Kollaboration mit den Nazis als Rache für den sowjetischen Genozid an der Bevölkerung gewertet worden. Es sei ein kleines Wunder, dass die Theorie von den zwei Genoziden, die eine andere Form der Theorie von der Kollektivschuld der Juden sei, von dem litauischen Dichter und Literaturwissenschaftler Tomas Venclova als „troglodytisch“

(„höhlenbewohnerhaft“) bezeichnet worden sei. Bedauerlicherweise habe es Litauen versäumt, die Kriegsverbrechen vor Gericht zu bringen und so ein unzweideutiges richterliches Urteil über die Litauer herbeizuführen, die sich aktiv am Holocaust beteiligt hätten.

Das Nebeneinander litauischer und jüdischer Kultur sei problematisch geblieben. Antisemitismus sei keineswegs die einzige Haltung gegenüber Juden, die bei Litauern anzutreffen sei. Die vorherrschende Haltung wäre besser als Unempfindlichkeit und Abwehr gegenüber den unbequemen Aspekten der Vergangenheit zu bezeichnen. Eine winzige Gruppe junger litauischer Intellektueller habe in den letzten Jahren ein besonderes Interesse für die Geschichte der Juden und eine besondere Sensibilität für die jüdischen Mitbürger gezeigt. Die Errichtung eines Hauses des Gedenkens im Jahre 2000 sei in dieser Beziehung ein Zeichen der Hoffnung für die Zukunft.

[Meelis Maripuu](#) berichtete sodann über Beispiele für den sowjetischen politischen Umgang mit dem Holocaust nach 1945 in Estland. Er wies auf den Umstand hin, dass die Angaben über die Vernichtung der Juden in der Zeit der deutschen Okkupation insofern verschlüsselt seien, als formuliert worden sei, friedliche sowjetische Bürger seien ermordet worden. Der Sinn der kryptischen Formulierung sei nicht klar. Ferner berichtete er, dass sich die Situation der neuen jüdischen Bevölkerung in der Sowjetunion im Laufe der Nachkriegsgeschichte verschlechtert habe. Es gebe antisemitische Strömungen, und diese Strömungen fänden keinen Widerspruch.

Am **Ende der Tagung** gab [Professor Dr. Frank Golczewski](#) einen Rückblick auf die Vorträge und auf die reichhaltigen Aussprachen, die sich ihnen angeschlossen hatten.

Die Zusammenfassung der Vorträge besorgte Dr. Stephan Bitter, Mülheim/Ruhr.

Der Vorsitzende der BHK [Dr. Dr. h. c. Gert von Pistohlkors](#) dankte abschließend allen, die die Tagung vorbereitet hatten und die bei ihrer Durchführung geholfen haben. Er lud ein zum

57. Baltischen Historikertreffen, 5. - 6. Juni 2004, Göttingen